

KOMMENTAR

Freud und Leid liegen oft eng beieinander

Es ist mir eine große Freude, auf diesem Wege als neu gewählter Landesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei Sachsen e. V. (GdP) nochmals allen Kolleginnen und Kollegen zu danken, die mir ihr Vertrauen schenkten und sehr viel Hoffnung in mich legen. Seit der Wahl konnte ich eine ganze Menge Glückwünsche und zuversichtliche Worte entgegen-

Mein Ziel ist es, die in mich gesetzten Hoffnungen zu erfüllen und gemeinsam mit allen Kolleginnen und Kollegen die Aufgaben, die nunmehr vor der Gewerkschaft der Polizei liegen, zu meistern. Nur in enger Zusammenarbeit des Landesvorstandes mit den einzelnen Kreisgruppen, ja sogar mit jedem einzelnen Mitglied, werden wir stark sein und die anstehenden Probleme angehen können, die nicht nur Stellenabbau oder Umorganisation und Dienstrechtsreform heißen. Ich freue mich auf diese Zusammenarbeit.

Im Vorfeld des Landesdelegiertentages 2010 hatten wir noch ein klein wenig Hoffnung (wenn auch nur sehr geringe), dass unser Staatsminister Herr Ulbig ein Präsent anlässlich des 20. Ehrentages der GdP in Sachsen aus dem Ärmel zieht. Doch wieder einmal falsch gedacht. Das Einzige, was uns überreicht wurde, waren die warmen Grußworte unseres Ministerpräsidenten. Diese einmalige Chance hat der Staatsminister leider verstreichen las-

Die Freude ist mir vergangen, wenn ich mir die auf unserem Gabentisch befindlichen "Geschenke" der Staatsregierung anschaue. Beispielsweise den Stellenabbau: Seit dem Jahre 2002 werden durch Kabinettsbeschlüsse kontinuierlich die Stellen der Polizei innerhalb des Freistaates Sachsen abgebaut. Noch Anfang des Jahres sollten wir anlässlich einer Landesvorstandssitzung einsehen, dass im Vergleich zum Gesamtstellenabbau der öffentlichen Verwaltung des Freistaates Sachsen die Zahl 2441 durchaus akzeptabel sei. Im Gegensatz zu anderen Ressorts sei die Polizei noch ganz gut aufgestellt. Bei einer Akzeptanz könne man davon

ausgehen, dass diese noch humane Zahl endgültig sei. Wir akzeptierten diese ominöse 2441 damals schon nicht und werden sie auch weiterhin nicht akzeptieren. Und wie Recht wir hatten. Die Haushaltsklausur 2010 spricht von weiteren 800 Stellen, die dem Abbau zum Opfer fallen sollen. Wie unter diesen personellen Voraussetzungen noch eine sinnvolle Polizeiarbeit stattfinden soll, darüber macht sich die Staatsregierung zu wenig Gedanken.

Hier können wir nur bekräftigen: Auch dieses Geschenk wollen wir nicht!

Aufgrund des beschlossenen und geplanten Stellenabbaus wird es zur wiederholten Umstrukturierung der Polizei des Freistaates Sachsen kommen. Es soll zu einer nicht gerade unerheblichen Reduzierung der Dienststellen kommen. Was dies im Einzelnen auch für unsere Kolleginnen und Kollegen und deren Familien bedeutet, kann sich jeder selbst ausmalen. Ich spreche hierbei nicht nur darüber, dass immer mehr Arbeit auf weniger Polizisten zukommt, sondern auch darüber, dass sich in manchen Fällen soziale Abgründe öffnen werden, die durch so manche Familie nicht mehr aufgefangen werden können. Ganz zu schweigen davon, dass durch diese Reduzierung der Polizeidienststellen nicht zuletzt auch die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger unseres Freistaates gefährdet wird. Und es handelt sich nicht nur um eine subjektive Wahrnehmung, wie oftmals getitelt wird. Schon heute sind enorme Wege innerhalb der Dienstbereiche zurückzulegen. Durch diesen Rückzug aus der Fläche kommt es neben erhöhten Wartezeiten für die Bürgerinnen und Bürger notgedrungen zu Engpässen in der Bekämpfung von Rechtsverstößen.

Auch dieses Geschenk wollen wir nicht!

Die Dienstrechtsreform als größte Reform seit der Einführung des Berufsbeamtentums im Freistaat Sachsen wirft ihre Schatten voraus. Diese Dienstrechtsreform, die zu einem Teil im Sommer 2011, zum größten Teil jedoch Mitte 2013 in Kraft treten soll, sollte eine "gemeinsame



Reform" werden. Ich persönlich verstehe unter Gemeinsamkeit, dass sich die verschiedenen Ressorts und die Gewerkschaften schon zur Erarbeitung von wichtigen Eckpunkten gemeinsam an einen Tisch setzen. Aber nicht, dass uns alle paar Monate in einer Art Informationsveranstaltung die in den einzelnen Arbeitsgruppen beschlossenen Vorgaben mitgeteilt werden. So nach dem Motto: Die Anhörung erfolgt wie gesetzlich vorgeschrieben! So kommt es eben vor, dass uns noch in einer ersten derartigen Veranstaltung vorgegaukelt wurde, dass es eine Vielzahl von Vorteilen mit sich bringt, wenn die jährliche Sonderzahlung der Beamtinnen und Beamten auf Monatsbeiträge verteilt wird. Vollmundig wurde uns von Vertretern des Finanz- und des Innenministeriums der Mund wässrig gemacht - wir sollten an die Gemeinsamkeit glauben. Das Ergebnis der Beratung jedoch - wieder einmal hinter verschlossenen Türen – ist nun die beabsichtigte Streichung des Sächsischen Sonderzahlungsgesetzes. Es hat nun wahrlich nichts mit einer Honorierung der Leistungen unserer Kolleginnen und Kollegen zu

Fortsetzung auf Seite 2



KOMMENTAR

ZITAT DES MONATS

"Wenn es einen Weg gibt, etwas besser zu machen: Finde ihn!"

Thomas Alva Edison

REDAKTIONSSCHLUSS

Bitte beachten:

Der Redaktionsschluss für das Landesjournal Sachsen, Ausgabe November 2010, war der 4. Oktober 2010, für die Ausgabe Dezember 2010 ist es der 1. November 2010 und für die Ausgabe Januar 2011 ist es der 29. November 2010

Die Redaktion behält sich das Recht vor, unaufgefordert eingesandte Artikel und Leserbriefe zu kürzen. Leserbriefe stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar.



DELITSCHE POLIZEI Ausgabe: Landesbezirk Sachsen

Geschäftsstelle:

Sachsenallee 16 01723 Kesselsdorf Telefon: (03 52 04) 6 87 11 Telefax: (03 52 04) 6 87 50 Internet: www.gdp-sachsen.de E-Mail: gdp@gdp-sachsen.de

Sozialwerk der Polizei Telefon: (03 52 04) 6 87 14 Telefax: (03 52 04) 6 87 18 Internet: www.psw-service.de E-Mail: psw@psw-service.de

Redaktion:

Matthias Büschel (V.i.S.d.P.) Scharnhorststr. 5, 09130 Chemnitz Telefon: (dienstlich) (03 71) 3 87-38 55 Fax: (dienstlich) (03 71) 3 87-38 88

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE POLIZEII ITERATUR GMBH Forststraße 3 a, 40721 Hilden Telefon (02 11) 71 04-1 83 Telefax (02 11) 71 04-1 74 Verantwortlich für den Anzeigenteil: Antje Kleuker Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 32 vom 1. April 2009

Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien Marktweg 42–50, 47608 Geldern Postfach 14 52, 47594 Geldern Telefon (0 28 31) 3 96-0 Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-2801

Fortsetzung von Seite 1

tun, ihnen bis zu 4 % ihres Nettoeinkommens zu nehmen. Auch die Aussagen, dass diese Einschnitte in den anderen Bundesländern bereits vollzogen sind bzw. zur Entscheidung stehen, sind schlichtweg falsch. Für die Beamtinnen und Beamten hat man den Anfang gemacht – die Tarifbeschäftigten werden folgen.

Auch dieses Geschenk wollen wir nicht!

Eines muss begriffen werden. Die Dienstrechtsreform eröffnet dem Freistaat Sachsen aufgrund der Föderalismusreform und damit einhergehenden Regelungskompetenz für Laufbahnen, Besoldung und Versorgung nunmehr die Möglichkeit, die Geschicke zumindest in diesen Teilen selbst in die Hand zu nehmen. Diese Gelegenheit muss beim Schopfe gepackt werden, um den in der Polizei Beschäftigten auch zu zeigen, dass sie nicht nur als Kostenfaktoren abgestempelt werden, sondern dass sich Einsatz, Engagement und Fleiß sogar unter Zurückstellung vieler privater Interessen lohnt. Ohne lange überlegen zu müssen, fallen mir sofort die Stichworte Polizeizulage und Erschwerniszulage ein. Wenn eins und eins zusammengezählt werden, kommt man unwillkürlich zu dem Schluss, dass eine Disharmonie besteht. Es gibt (sogar von der Rechtsprechung oftmals zitierte) Gründe zur Existenz dieser Zulagen, aber auch zur Höhe dieser Zulagen.

In der heutigen Zeit des steten Steigens der Lebenshaltungskosten, die zudem von Stellenabbau, erhöhter Grenzkriminalität, von Gewalt gegen die Polizei geprägt ist, mit einhergehenden erheblich belastenden und oftmals nicht mehr planbaren Diensten, muss man sich unweigerlich diesem Thema widmen. Das Ergebnis kann nur lauten: Gemeinsame (aber wirklich gemeinsame) Erörterungen zu Erhöhungen und Dynamisierung der Zulagen, Ausdehnung des Geltungsbereiches auf alle Bediensteten mit ähnlichen oder sogar verschärften Dienstzeiten und Wiederherstellung der Ruhegehaltfähigkeit beispielsweise der Polizeizulage. Wann, wenn nicht jetzt im Rahmen der erklärten gemeinsamen Dienstrechtsreform? Wir fordern ein Angebot! Wir wollen nicht mehr vor der Tür stehen und auf verbale Almosen angewiesen sein. Wir wollen mit im Raum sitzen und zwar genau an dem Tisch, an dem die entscheidenden Gespräche geführt werden.

Doch ich denke mal: An dieses Geschenk wurde bisher nicht gedacht!

Gedacht wurde dafür aber an die Anhebung der Altersgrenze von 65 auf 67 für die Verwaltungsbeamtinnen und -beamten und von 60 auf 62 für die Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten. Wenn man die Augen vor der Realität nicht ganz verschließt, so dürfte klar werden, dass unter Berücksichtigung der bereits schon einmal von mir erwähnten erheblich belastenden Dienste, unter Berücksichtigung der Begleitumstände des täglichen Dienstes mit all seinen bizarren Seiten und des daraus resultierenden Gesundheitszustandes unserer Kolleginnen und Kollegen ein solches Angebot realitätsfremd ist und die Voraussetzungen dafür auch nicht existieren. Das Ende des Liedes wird sein, dass vermehrt Beamtinnen und Beamte aufgrund ihres Gesundheitszustandes vorzeitig aus dem Dienst ausscheiden müssen, da sie (wie heute bereits in immer mehr Fällen praktiziert) für polizeidienstunfähig erklärt werden. Das Ergebnis heißt: Vorzeitige Versetzung in den Ruhestand - Versorgungsabschläge und damit eine auf Dauer ausgerichtete Kürzung der Ruhegehälter. Ich glaube, ich muss nicht in Frage stellen, ob wir solch ein Geschenk haben wollen. Auch dieses Geschenk wollen wir

Aus unserer Ablehnung der zurzeit vorliegenden "Geschenke" auf unserem Gabentisch ergeben sich im Rückschluss einige unserer zukünftigen Aufgabengebiete. Andere Bundesländer haben es uns vorgemacht, dass es durchaus möglich ist. die eine oder andere Forderung durchzusetzen. Daran werden wir ab sofort arbeiten müssen und daran werden wir auch gemessen. Denn so, wie es jetzt läuft, so funktioniert es nicht - so funktioniert keine Zusammenarbeit, so funktioniert kein Vertrauen. Ja, ich wage fast zu behaupten - so wird in Zukunft auch keine Polizei mehr funktionieren.

Unsererseits bieten wir kompetente Unterstützung an, dass es (auch jetzt wieder bildlich gesprochen) doch noch zur Übergabe einiger Geschenke an unsere Kolleginnen und Kollegen kommen kann. Vielleicht liegt der eine oder andere Gutschein auch schon bereit, wurde aber nur noch nicht unterschrieben oder abgerufen. Eine ehrlich gereichte Hand werden wir nicht ausschlagen.

Wir vertrauen darauf!

Doch noch einmal zurück vom Leid zur Freude. Mein Dank gilt noch einmal Matthias Kubitz und seiner Mannschaft für die aufopferungsvolle und erfolgreiche Arbeit in den letzten Jahren.

In diesem Sinne an die Arbeit! Euer Hagen Husgen



6. ORDENTLICHER LANDESDELEGIERTENTAG DER GdP SACHSEN



Bericht vom 6. Ordentlichen Landesdelegiertentag der Gewerkschaft der Polizei Landesbezirk Sachsen e.V. (GdP) im Zeichen des 20-jährigen Bestehens der GdP Sachsen.

Aller vier Jahre wird satzungsgemäß das höchste Gremium der GdP einberufen, der Landesdelegiertentag. Am 24. 9. 2010, pünktlich 10.00 Uhr wurden die ersten Tagesordnungspunkte aufgerufen. In seinem Bericht als Landesvorsitzender sprach Matthias Kubitz Klartext.



Matthias Kubitz bei den Ergänzungen zum Geschäftsbericht Fotos: Redaktion DP SN

Staatsminister Markus Ulbig hatte in Bautzen vor dem GdP-Landesvorstand versprochen: "Allerhöchstens 2441 Stellen werden abgebaut und jetzt – 800 mehr und wie war das mit dem Ehrenamt?", fragt Matthias Kubitz weiter: "Lob in höchsten Tönen für die Arbeit der sächsischen Polizei in den Medien und wenn es mal darauf ankommt? Ein Widerruf des Sonderurlaubes für die Delegierten des GdP-Landesdelegiertentages. Danke. Herr Staatsminister!"

Es folgte der Kassenbericht. Der GdP-Landesbezirk Sachsen ist auch für die Zukunft finanziell gut aufgestellt. Dies ist vor allem dem erheblichen Mitgliederzuwächsen zu verdanken und somit auch ein Verdienst aller GdP-Mitglieder, die in Sachen Werbung aktiv sind. Die anschließende Diskussion war wesentlich von der Frage bestimmt: Wie weit darf oder muss sich eine Berufsvertretung wie

Ein Alter, ein Neuer, ein Team und ein Ziel

die GdP Sachsen auch in gesellschaftspolitische Grundfragen einmischen, wenn die Ursachen für fachliche Missstände und Ungerechtigkeiten im Gesellschaftssystem selbst liegen? Ein Standpunkt, der allgemeine Anerkennung fand, ging davon aus, dass die GdP Sachsen als Berufsvertretung überparteilich auftritt und ganz im Sinne einer Berufsvertretung über ihre Fachkompetenz auf politische Prozesse einwirkt.

Einen anderen Schwerpunkt in der Diskussion bildete die Frage, wie es gelingen kann, unsere Mitglieder weiter zu mobilisieren.

Bei der anschließenden, mit Spannung erwarteten Wahl des neuen GdP-Landesvorsitzenden gab es ein klares Votum. Hagen Husgen wurde einstimmig zum neuen Vorsitzenden der GdP Sachsen gewählt. Entsprechend der Satzung war nach zwei Wahlperioden eine Neuwahl des Landesvorsitzenden vorgeschrieben und eine Wiederkandidatur von Matthias Kubitz nicht möglich.

Es folgte der Beschluss des Haushaltsplanvoranschlags. Nun stand der größte Brocken Arbeit vor den Delegierten: die Beschlüsse zu 39 Anträgen. Bis 17.50 Uhr wurde argumentiert, diskutiert, um ieden Antrag gerungen, beschlossen und auch

Am 25. September 2010 folgten der Staatsminister Markus Ulbig, Vertreter des sächsischen Landtags, der Landespolizeipräsident Bernd Merbitz unserer Einladung. Die Delegierten und die weiteren Gäste betraten den Sitzungssaal mit einer roten Rose in der Hand. An der Podiumsseite war ein massiver Eichen-



Der "ALTE" Matthias Kubitz und der "NEUE" Landesvorsitzende Hagen Husgen bei der symbolischen Staffelstabübergabe



sarg aufgestellt. Auf dem Sarg ein Bild mit Trauerflor und dem Schriftzug: "Die innere Sicherheit".

Die Delegierten und viele der Gäste legten der Reihe nach ihre Rose an den Sarg und verabschiedeten sich so symbolisch von der inneren Sicherheit in Sachsen. Die Medien konzentrieren sich auf die Aktion am Sarg und auf die Reaktion des Staatsministers.

Nach einem Musikstück, gespielt vom Dresdner Blechbläserquartett, begrüßte Hagen Husgen die Gäste: den Staatsminister des Innern. Vertreter aus der Politik, stellvertretend für die anwesenden Polizeiführer den Landespolizeipräsidenten Bernd Merbitz sowie Landesvorsitzende aus den GdP-Landesbezirken, Vertreter des DGB und unserer Vertragspartner. Es folgte die Totenehrung im Gedenken an unsere verstorbenen GdP-Mitglieder.

Anschließend übernahm Matthias Kubitz die weitere Moderation.

Er schlug eine Brücke vom 6. Ordentlichen Landesdelegiertentag der GdP zu unserem Jubiläum: "20 Jahre GdP in Sachsen". "20 Jahre GdP, das bedeutet Rückblick auf 20 Jahre Gewerkschaftsarbeit, aber auch Ausblick in das Jahr 2020 -20 plus 20 plus 20 - richtig! 60! - Und 60 Jahre sind genug für einen Polizisten!"

Danach sprach Iris Kloppich, Vorsitzende des DGB in Sachsen. Sie beglückwünschte den neuen Landesvorsitzenden Hagen Husgen und sein Team und bedankte sich gleichzeitig für die erfolgreichen Jahre der Zusammenarbeit mit der GdP. Ganz besonderer Dank galt Matthi-

Fortsetzung auf Seite 4



6. ORDENTLICHER LANDESDELEGIERTENTAG DER GdP SACHSEN

Fortsetzung von Seite 3

as Kubitz für seine geleistete Arbeit an der Spitze der GdP.

In ihrer Rede beleuchtete sie den hervorragenden Beitrag der Gewerkschaften und Betriebsräte beim Erhalt von Betrieben und Arbeitsplätzen am Beispiel des Edelstahlwerks Freital. Fälle, bei denen die Unternehmer längst aufgegeben hatten. Iris Kloppich unterstrich die Bedeutung der Gewerkschaften für den Interessenausgleich in unserer Gesellschaft und den damit verbundenen Beitrag zur



Iris Kloppich, Vorsitzende des DGB in Sachsen, überbrachte Glückwünsche zum 20. Geburtstag der GdP

Stabilität in unserem Land. Die Gewerkschaft der Polizei spielt im Kreis der Einzelgewerkschaft eine wichtige und zugleich besondere Rolle. Dass dies nicht immer einfach ist, zeigt sich im täglichen Leben. Es ist eine besondere Situation, wenn demonstrierende Gewerkschafter auf Gewerkschafter in Polizeiuniform treffen, so Iris Kloppich.

Als nächster Redner wurde der Bundesvorsitzende der GdP Konrad Freiberg ans Rednerpult gebeten. Er gratulierte ebenfalls dem neu gewählten GdP-Landesvorsitzenden sowie dem neu gewählten Geschäftsführenden Landesvorstand herzlich und dankte Matthias Kubitz für



Konrad Freiberg überbrachte die Glückwünsche des Bundesvorstandes der GdP

seine hervorragende Arbeit der vergangenen Jahre.

Es folgte eine Analyse der aktuellen gesellschaftlichen Situation. Die Finanzkrise wurde als Auslöser des allgemeinen Sparwahns benannt. "Bankenmanager setzen Milliardenwerte in den Sand und der Steuerzahler muss dafür bluten. Wir. die Bürger dieses Landes, haben die Finanzkrise nicht verursacht, aber die Bürger müssen bezahlen. Was passiert mit den Schuldigen? - Nichts! Im Gegenteil, Millionenboni aus Steuergeldern!"

..., Was würde passieren, wenn Polizisten im Streifenwagen zu so einem Ereignis gerufen würden?... Sie würden sagen: Es reicht. Packt die Zahnbürste ein! Jetzt ist Schluss!!!" Da Konrad Freiberg seine Rede positiv beenden wollte, sagte er: "... und da redet man am besten über die GdP. Die steigenden Mitgliederzahlen stimmen uns optimistisch und zeigen, dass wir auf dem richtigen Weg sind."

Nach einem weiteren Musikstück tritt der Staatsminister des Innern Markus Ulbig ans Mikrofon. Der Staatsminister gratulierte zum 20-jährigen Jubiläum der



Der Staatsminister Markus Ulbig gratulierte zum 20-jährigen Jubiläum der GdP und übermittelte die persönlichen Grüße des Ministerpräsidenten Stanislaw Tillich

GdP und übermittelte die persönlichen Grüße des Ministerpräsidenten Stanislaw Tillich.

Er, der Ministerpräsident und die Menschen im Freistaat Sachsen sprechen der GdP-Sachsen Dank für die geleistete Arbeit aus. Mehrere Delegierte verlassen während des Redebeitrages den Saal. Der Staatsminister habe das Projekt 2020 persönlich initiiert. Nun schilderte er den bisherigen Verlauf des Projekts. Wieder führt er das Argument Polizisten pro Einwohner ins Feld. Inzwischen sind die Delegierten, die den Saal verlassen hatten, zurückgekehrt. Jeder trägt ein rotes T-Shirt mit der Aufschrift: "Meine Stelle fällt weg!" Es sind genau 25 Prozent der Teilnehmer am Delegiertentag, denn jede vierte Stelle soll tatsächlich wegfallen. Jetzt kann jeder konkret sehen, was das bedeuten würde. Die Kameras der Medien stürzen sich auf dieses Bild. Am Ende seiner Rede versicherte der Staatsminister, dass es Mitsprache geben wird, dass Personalversammlungen und Revierbesuche folgen werden und ein Diskussionsforum im Intranet eingerichtet



werde. An Hagen Husgen gerichtet, sicherte Herr Ulbig eine Einbeziehung in einen sachlichen und kritisch, konstruktiven Prozess zu.

Abschließend tritt der neue Landesvorsitzende der GdP Hagen Husgen ans Mikrofon. Seiner Rede wird ein gesonderter Artikel in dieser Zeitschrift gewidmet sein. Den 6. Ordentlichen Landesdelegiertentag der GdP beschließt Hagen Husgen mit einer Vision: "Ich glaube an die GdP, an die Familie der GdP. Wir ziehen gemeinsam an einem Strang und in eine Richtung. Ich weiß vom alltäglichen Fleiß der Kolleginnen und Kollegen und jede Kollegin und jeder Kollege hat verdient, dass dieser Fleiß irgendwann belohnt wird." Ein erfolgreicher GdP-Landesdelegiertentag geht zu Ende. Ein Landesdelegiertentag, der von Entschlossenheit, Geschlossenheit und Kontinuität geprägt ist, der eine GdP Sachsen abbildet, die für die Herausforderungen der Zukunft gerüstet ist und bereit ist, für ihre Rechte zu streiten. Für ein Leben in Freiheit, Gleichheit und Sicherheit.

An dieser Stelle sei unseren Vertragspartnern (der Polizeiversicherungs-AG, der Organisations- und Service-Gesellschaft der Gewerkschaft der Polizei mbH, dem VDP-Verlag Deutsche Polizeiliteratur GmbH und dem Auto Club Europa) herzlich gedankt, die im Foyerbereich mit einem Stand vor Ort waren.

Jürgen Scherf

Weitere Bilder vom Landesdelegiertentag sind auf der Homepage der GdP Sachsen unter: http://www.gdp.de/Sach sen - News - Landesdelegiertentag - zu sehen.



NACHBETRACHTUNG

Innenminister reitet "Totes Pferd" der Polizeidichte

Politische Nachbetrachtung des LDT eines Schlichtmitgliedes

Auf dem 6. Ordentlichen Landesdelegiertentag der Gewerkschaft der Polizei verteidigte der Innenminister Ulbig die geplanten Kürzungen erneut. In seinen Ausführungen hielt er krampfhaft an der Polizeidichte fest. Den Westen stellte er als klassisches Vorbild hin. Im Westen kämen auf 433 Einwohner 1 Beamter und in Sachsen wären das 359 Einwohner pro Beamter.

Wenn die demographische "Keule" geschwungen wird, dann werden damit ganz profane finanzielle Zwecke verfolgt. So verdienen Versicherungen und Banken unglaubliche Summen, weil sie auf der Basis zweifelhafter, aber aufgrund ständiger Wiederholung scheinbar Gemeingut gewordener Studien die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme in Frage stellen und die Notwendigkeit privater Vorsorge als Allheilmittel hinstellen.

Im Abschlussbericht der "AG Zukunft" haben wir schon im Jahr 2006 nach unseren Untersuchungen festgestellt. Demografie ist nicht alles

- "Pro-Kopf-Verhältnis Polizeibeamter - Bevölkerung" hilft nicht weiter
- Verschiebung der Altersstruktur ist nichts Neues, vor 100 Jahren kamen auf einen 65-Jährigen noch zwölf Erwerbstätige
- 1950 waren es sieben
- Produktivität schlägt Demografie, Reichtum pro Kopf der Bevölkerung wird größer (4,5% haben 50% des Nettogeldvermögens)
- Produktivität von 1991 (100%) auf ca. 130% im Jahr 2003 gestiegen und gleichzeitig die Nettolöhne im Vergleich auf 98% gefallen
- zu geringe Nachfrage und nicht zu hohe Lohnkosten und Sozialkosten sind das Problem
- 1991 Vermögenseinkommen von (100%) auf 147,5% im Jahr 2003
- Hartz IV und seine Auswirkungen für Polizeibeschäftigte

Weiterhin können Parallelen zum Abschlussbericht der "AG Zukunft" auf das Programm der Inneren Sicherheit, das die ständige Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder 2008/2009 festgeschrieben hat, gezogen werden.

Hier sind auch Forderungen der GdP erkennbar. Sind die Innenminister/Innensenatoren der Länder heimliche GdP-Mitglieder?

Oder sind wir als Gewerkschaft der Polizei der Zeit voraus?

Im Programm zur Inneren Sicherheit wurde festgeschrieben:

"Für die Gewährleistung Innerer Sicherheit sind leistungsfähiges und -bereites Personal, angemessene Haushaltsmittel und eine zeitgemäße Technikausstattung unverzichtbar.

Wesentlich ist außerdem eine sachgerechte Führungs- und Organisationskultur. Der Personalbedarf der Sicherheitsbehörden ist aufgrund objektiver Kriterien zu ermitteln.

Für die Polizei kann der Personalbedarf nicht auf der Grundlage der sogenannten Polizeidichte berechnet werden. Maßgeblich für die Bedarfsberechnung sind die tatsächlichen Belastungsfaktoren. Diese beinhalten die Einsatz- und Kriminalitätsbelastung, das Verkehrsunfallgeschehen sowie unter Umständen regionale Besonderheiten, zum Beispiel Außengrenzen, Transitstrecken, Flächenkriterien, Bevölkerungsdichte. Außerdem sind bei der Berechnung spezifische Faktoren, zum Beispiel Mutterschutz-/Elternzeiten, einzubeziehen. Tagesaktuelle Situationen oder allgemeine Haushaltsrestriktionen dürfen nicht die Personalausstattung der Sicherheitsbehörden bestimmen. Stattdessen müssen längerfristige Strategien maßgeblich sein. Eine ausgeglichene Altersstruktur ist anzustreben.

Neben den klassischen Einstellungen von Laufbahnpersonal oder dessen Übernahme von anderen Sicherheitsbehörden, zum Beispiel durch den Verfassungsschutz, erfordern die zu lösenden Aufgaben qualifiziertes Personal verschiedener Fachrichtungen, unter anderem aus dem kommunikationstechnischen, dem betriebswirtschaftlichen, dem juristischen, dem gesellschafts- und religionswissenschaftlichen Bereich. Beim Verfassungsschutz gewährleistet die unterschiedliche Herkunft und Ausbildung der Mitarbeiter die notwendige vielschichtige Betrachtungsweise.

Die Attraktivität der Berufsbilder der Sicherheitsbehörden hat angesichts der demografischen Veränderungen außerordentliche Bedeutung, unter anderem im Zusammenhang mit der Nachwuchsgewinnung.

Hierzu gehören zum Beispiel

- -eine leistungsgerechte Funktionsbewertung, Besoldung und Vergütung
- persönliche Entwicklungsmöglichkei-
- die Anerkennung anderweitig erworbener Qualifikationen
- die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, insbesondere durch flexible Arbeitszeitmodelle
- ein positiv besetztes Berufsbild.

Die Zukunftsfähigkeit der Sicherheitsbehörden wird maßgeblich durch die Qualifikation des Nachwuchses bestimmt. Die Anforderungen an die Bewerber dürfen keinesfalls gemindert werden. Die Personalentwicklungskonzepte der Sicherheitsbehörden sollten die individuelle und verlässliche Karriereplanung beinhalten sowie leistungsbereiten und -fähigen Mitarbeitern auch die entsprechenden Leistungsmöglichkeiten bieten. Dabei sind neben vertikalen Karrieren auch horizontale Entwicklungen zu berücksichtigen."(Programm Seite 65)

Sollte dieses Programm im Freistaat Sachsen, wie es festgeschrieben ist, umgesetzt werden, dürfte die Ideenlosigkeit des Innenministers vielleicht ein Ende haben?

Jörg Dressler



KREISGRUPPE LEIPZIG

Seniorenweihnachtsfeier

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unsere Weihnachtsfeier findet in diesem Jahr am Dienstag, dem 7. 12. 2010, im oberen Speiseraum der 2. Bereitschaftspolizeiabteilung Leipzig, Dübener Landstraße 4, in 04111 Leipzig statt.

Beginn: 15.00 Uhr, Einlass: 14.30 Uhr Meldungen in der Zeit vom 24. 11. bis 1. 12. 2010 bei Rose-Marie Kundt unter (03 42 91) 2 22 71, 0176/54 75 18 60, GdP-Phone: 0 15 20/8 81 93 26, oder bei Herbert Müller 03 41/47 97 603 oder GdP-Phone: 0 15 20/8 81 31 65!

Rose-Marie Kundt

KREISGRUPPE CHEMNITZ-ERZGEBIRGE

Seniorenweihnachtsfeier

Seniorengruppe Stollberg

Am 25. November 2010, 15.00 Uhr, in der Gaststätte Hasenbude. Grüner Winkel 15, 09366 Stollberg Wer Näheres wissen möchte, kann sich telefonisch erkundigen bei: Kollegen Gerd Hähnel Telefon: 01 72/3 44 95 31

Seniorengruppe Chemnitz

Am 7. Dezember 2010, 15.00 Uhr, in der Gaststätte Hilbersdorfer Schweiz Dresdner Straße 182, 09131 Chemnitz. Wer Näheres wissen möchte, kann sich telefonisch erkundigen bei: Kollegen Gerhard Hoff Telefon: (03 71) 58 58 29 oder 0 15 20/ 8 81 23 04

Seniorengruppe Freiberg/Zschopau

Am 16. Dezember 2010, 15.00 Uhr, Hotel "Glück auf" Mönchenfrei Mönchenfrei 1 09618 Brand-Erbisdorf Wer Näheres wissen möchte, kann sich telefonisch erkundigen bei: Kollegen Andreas Lindner Telefon: 0 15 20/8 87 30 29 bzw. beim Kreisgruppenvorstand der Polizeidirektion Chemnitz-Erzgebirge Telefon: (03 71) 3 87-38 52, -38 53, -38 54 oder -38 55.

Halloren Das besondere Erlebnis

Am 31. August 2010 war es wieder einmal so weit. Diesem Tag fieberten alle schon ungeduldig entgegen. Mit guter Laune im Gepäck und Sonne im Herzen begannen wir unsere Ausfahrt.

In Halle angekommen wurden wir vom Verkaufsleiter in Empfang genommen und der Rundgang begann im Schokoladenmuseum.

ckenlehne eines Stuhls. Schrankelemente und Vasen, Teller, Tassen, Löffel - eigentlich alles, was auch vor 200 Jahren in einer "guten Stube nicht fehlen durfte ein echt schokoladiges Inventar. Im Anschluss daran wurden wir durch die Produktion geführt, wo wir den Mitarbeitern über die Schulter schauen konnten. Dann kam das Highlight, nämlich die Verkos-



Senioren der Kreisgruppe Leipzig

Er informierte uns über die Geschichte der Schokoladenfabrik. Seit mehr als 200 Jahren werden in Halle exklusive Schokoladenwaren gefertigt. Die lange und bewegte Geschichte des Unternehmens geht bis in das Jahr 1804 zurück. Damals gründeten F.A. Miethe in Halle an der Saale eine der ersten deutschen Schokoladenfabriken.

Besonders waren wir vom einzigartigen Schokoladenzimmer - ein Wohnzim-



mer, nahezu vollständig ausgestattet und gestaltet aus schokoladigen Utensilien beeindruckt. Auch das Mobiliar besteht, soweit es die Statik zuließ, aus Schokolade. So zum Beispiel die Arm- und Rütung, alle nahmen dieses auch wahr und langten kräftig zu. Es heißt ja, Schokolade setzt die Glückshormone frei. Anschließend konnten wir vom Werksverkauf Gebrauch machen. Es wurde auch von allen genutzt und gingen voll beladen mit Einkaufstüten zurück zum Bus. Auf der Rückfahrt machten wir auf einem Parkplatz Rast und es gab für alle einen Überraschungsbeutel. Da wir von Süßigkeiten genug hatten, kam der Verpflegungsbeutel gerade recht. Er beinhaltete herzhafte Sachen, wie z. B. Pfefferbeißer mit Brötchen, einen kleinen Schluck zur Verdauung und alle waren zufrieden. Leider vergeht die Zeit immer viel zu schnell und alle waren sich einig, dass sie im nächsten Jahr wieder dabei sein wol-

Rose-Marie Kundt



SEMINARE

JAV und Personalratsseminar

Auch in diesem Jahr war es Ende September mal wieder so weit: Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) organisierte nun schon zum fünften Mal ein Personalratsseminar für die neuen aber auch die alten Hasen der Jugend- und Auszubildendenvertretung in der Polizei Sachsen.

Als Tagungsort wurde in diesem Jahr das Landhotel "Zur Ausspanne" in der kleinen Stadt Klipphausen bei Dresden

(JAV), Zuständigkeitsbereichen, Strukturen, Ämtern und Vorgehensweisen wurde großer Wert auf Fallbearbeitung beziehungsweise Besprechung deren gelegt. Die "Bibel" der Personalvertretung, das Sächsische Personalvertretungsgesetz, wurde von vorn nach hinten durchgearbeitet.

Neben der großen Sparte des Beamtentums kam auch der Tarifbereich in-



bestimmt. Der Seminarraum und die angenehme Atmosphäre in dem Hotel trugen zum Gelingen der Veranstaltung bei.

Die Inhalte unseres Seminares waren anspruchsvoll und vielseitig. Neben den Aufgaben des Personalrats und der Jugend- und Auszubildendenvertretung nerhalb des Seminars nicht zu kurz. Als unseren Gast konnten wir hierfür die Tarifbeauftragte des geschäftsführenden Landesvorstandes der GdP Sachsen Brigitte Kühnert begrüßen. Nach einer allumfassenden Präsentation ihrerseits über das Tarifrecht hatten die Seminar-



teilnehmer zusätzlich die Chance, sich mit Udo Breuckmann über die aktuelle politische und gewerkschaftliche Situation in Sachsen zu unterhalten und stellten fest, dass es ohne eine starke Berufsvertretung nicht geht!

Es wurden zahlreiche Fragen beantwortet und diskutiert, dem Referenten des Seminars Jan Krumlovsky blieb keine Redepause vergönnt. Doch auch als der Tagungsraum geschlossen wurde, blieb die Gemeinschaft der neun Personen gesellig zusammen. Bei sportlicher Betätigung mit musikalischer Untermalung lernten sich die Seminarteilnehmer besser kennen.

Neben einer Menge Wissen und Erfahrung nahmen die jungen Kolleginnen und Kollegen zahlreiche neue Informationen sowie Dokumentationen, Eindrücke und neue Handynummern mit auf den Heimweg.

Abschließend bleibt zu diesen 3 Tagen nur eines zu sagen: Jederzeit wieder und danke allen Mitwirkenden!

Text und Foto: Seminarteilnehmer

HEILFÜRSORGELEISTUNGEN

Rehabilitationsmaßnahmen

Medizinisch begründete Rehabilitationsmaßnahmen werden auf Antrag bewilligt, wenn die Maßnahme zur Wiederherstellung oder Erhaltung der Dienstfähigkeit nach einer schweren Erkrankung oder einem erheblichen chronischen Leiden zwingend erforderlich ist.

Voraussetzung ist, dass

- eine klare Krankheitsbezeichnung vor-
- die notwendigen diagnostischen und therapeutischen Maßnahmen durchgeführt wurden und

- die ambulanten Behandlungsmöglichkeiten ausgeschöpft sind,
- der angestrebte Heilungserfolg durch eine Rehabilitationsmaßnahme zu erwarten ist und
- der Heilfürsorgeberechtigte bereit ist, zum nachhaltigen Erfolg des Heilverfahrens beizutragen.

Für Anschlussheilbehandlungen, Rehabilitationsverfahren nach Krebserkrankungen, Abhängigkeitsleiden und psychosomatische Rehabilitationsverfahren gelten spezielle Anspruchsvoraussetzungen. Ambulante Rehabilitationsmaßnahmen haben Vorrang vor stationären Leistungen.

Nicht genehmigungsfähig sind sogenannte Vorsorgekuren.

Der Abstand zwischen zwei Rehabilitationsverfahren muss mindestens vier Jahre betragen.

Weitere Informationen sind im Landesportal/Service/Heilfürsorge zu finden.

Torsten Scheller





INFO-DREI



Polizeiliches Handlungstraining ...

... in Sachsen

... in Sachsen-Anhalt

... in Thüringen

Im Freistaat Sachsen beruht die Integrierte Fortbildung auf der im Jahre 2008 erstellten VwV-Fortbildung und einer Konzeption zum Polizeitraining. In letzterer sind Festlegungen zur Gestaltung und Umsetzung der Schieß-Aus- und -Fortbildung, des Einsatztrainings und des Polizeitrainings für die Polizeibediensteten getroffen. Gleichzeitig ist sie Grundlage für die fachliche und inhaltliche Qualitätssicherung. Schieß-, Einsatzund Polizeitrainer werden modular am Aus- und Fortbildungsinstitut Bautzen aus- und fortgebildet.

Die Trainingseinheiten der Integrierten Fortbildung und des Einsatztrainings gemäß Nummer 8 der PDV 211 werden in Kleingruppen (bis 12 Beamte/-innen) in speziellen Trainingsstützpunkten durch Polizeitrainer durchgeführt. Hierzu wurden in den Polizeidirektionen neben dem landeseinheitlichen Thema "Die Bewältigung von Amoklagen durch den PVD" verschiedene Module entwickelt, die ieder Polizeibeamte zu absolvieren hat. Die jeder Polizeidirektion freigestellte Möglichkeit der Vermittlung eines eigenen Leitthemas hat den Nachteil, dass was wir bedauern - jeweils andere Schwerpunkte in der Fortbildung der Beamten/-innen gesetzt werden. Zudem sind der Trainereinsatz (haupt- oder nebenamtlich) wie auch die Trainingszeiten und -zyklen letztlich nicht vergleichbar. Seitens des Sächsischen Staatsministeriums des Innern, nachfolgend des Ausund Fortbildungsinstituts Bautzen, gibt es für die Folgejahre bis zum jetzigen Zeitpunkt keine bekannten Visionen für landeseinheitliche Themen der Integrierten Fortbildung.

Wünschenswert in diesem Zusammenhang wäre, dass die "Konzeption zum Polizeitraining" in ihrer Umsetzung in den nächsten Jahren begleitend zu anstehenden Strukturänderungen, zu einer grundlegend einheitlichen vergleichbaren Ausund Fortbildung der Polizeibeamten/-innen des Freistaates führt.

Matthias Büschel

Das Polizeiliche Handlungstraining ist in Sachsen-Anhalt ein Trainingsprogramm, das auf die Vertiefung und Integration von polizeilichen Maßnahmen abzielt. Dabei sollen polizeiliche Fähigkeiten. Fertigkeiten und Kenntnisse erlernt und vertieft werden. Es sind typische Alltagssituationen des Polizeibeamten beinhaltet, so z. B. Personenkontrolle, Stellen von Tätern, und Einsätze in Einsatzeinheiten.

Das professionelle Handeln der Kollegen muss solange trainiert werden, bis die gewaltfreie Konfliktbewältigung sitzt. Kommt es aber trotzdem zu Zwangsmaßnahmen, muss deren sichere und konsequente Anwendung ebenfalls trainiert worden sein.

Die Handlungs- und Schießtrainings orientieren sich an landeseinheitlichen Standards des polizeilichen Handelns und verknüpfen verschiedene Teilinhalte. Die Inhalte sind immer der entsprechenden Zielgruppe angepasst.

Inhalte des Handlungstraining sind: Eingriffsmaßnahmen, Belastungssituationen, Kommunikation, Umgang mit Stress, Führung des Einsatzes, Nachbereitung polizeilicher Maßnahmen. Dabei werden immer die Rechtsgrundlagen, das Schießen/Nichtschießen, Taktik, Eigensicherung und Eingriffstechniken eingebaut.

Die Trainingsmethoden werden auf die Zielgruppe abgestimmt. Moderne Erwachsenenbildung findet Anwendung. Der Vortrag, das Lehrgespräch, Gruppenunterricht und die Gruppenarbeit werden eingesetzt. In Kleingruppen und im Einsatz erfolgt das Training.

Die Auswahl und Ausbildung der Trainer erfolgt in der Fachhochschule Polizei Sachsen-Anhalt in Aschersleben. Die Trainer sind organisatorisch in den Dezernaten Aus- und Fortbildung der Behörden und Einrichtungen angesiedelt. Hier wird auch die Themenauswahl bestimmt. In großen Behörden werden die Trainings durch Polizeitrainer in Trainingsstützpunkten durchgeführt.

Jens Isensee

Verhaltensorientierte Fortbildung wurde in Thüringen bereits 1995 eingeführt und wird allgemein als Integrierte Fortbildung (IF) bezeichnet. Durch das Training soll professionelle Handlungskompetenz vermittelt werden. Dazu wird einsatzbezogen, praxisnah und unter begleitender Vermittlung theoretischer Inhalte trainiert. Bei der Erfüllung des gesetzlichen Auftrages soll Gewalt vermieden oder reduziert, unnötige Gefährdungen für Polizeibeamte oder andere Personen verhindert und die Akzeptanz des polizeilichen Einschreitens bei der Bevölkerung gesteigert werden. Die IF umfasst die Bereiche Eingriffsrecht, Taktik und Eigensicherung, Kommunikationstraining, Eingriffstechniken und Anwendung von Hilfsmitteln der körperlichen Gewalt, Aus- und Fortbildung zum Nichtschießen/Schießen und Stressbewältigung.

Grundlage der IF ist eine Konzeption des Thüringer Innenministeriums. Nach dieser Konzeption wählen die Behörden und Einrichtungen geeignete Beamte für die Ausbildung zum IF-Trainer aus. Bei den sieben Polizeidirektionen stehen jeweils vier Dienstposten des gehobenen Dienstes für die IF-Trainer und zwei Dienstposten mittlerer Dienst für die Trainer Nichtschießen/Schießen zur Verfügung.

Die Ausbildung dieser Trainer findet zentral durch das Bildungszentrum der Thüringer Polizei statt. Daneben ist das Bildungszentrum unter anderem für die Erstellung und Fortschreibung der Trainingsinhalte, die Beratung, Betreuung und fachliche Begleitung der IF-Trainer, die Fortbildung und Überprüfung der Befähigungen der Trainer und die Bereitstellung unterstützender Medien für das Training zuständig.

Für das verhaltensorientierte Training der Polizeibeamten sind die Polizeidirektionen, die Bereitschaftspolizei und das LKA verantwortlich. Leider stehen nicht in allen Bereichen ausreichend Trainer zur Verfügung.

Edgar Große

